

GAZA

Koalition der Unwilligen

Alle Versuche, den Rückzug aus Gaza zu stoppen, blieben erfolglos. Sharons Politik könnte jedoch zu einer Umgruppierung in der israelischen Rechten führen.

"Die Loslösung wird wie geplant beginnen", sagte Asaf Sharif, der Sprecher des Ministerpräsidenten Ariel Sharon, am Montag. "Wir sind zur Routine zurückgekehrt." Das Vorhaben der israelischen Regierung, die Siedlungen im Gaza-Streifen zu räumen, hat weiterhin die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit, einer Umfrage der Tageszeitung Yedioth Achronoth zufolge unterstützten 55 Prozent die Pläne Sharons. Nach Angaben der Regierung haben sogar 60 Prozent der Siedlerfamilien einen Antrag auf Entschädigung gestellt, was einer Zustimmung zum Verlassen Gazas gleichkommt. Es hatte aber auch nicht an Versuchen gemangelt, den Rückzug in letzter Minute zu verhindern.

Wer derzeit in Israel orangefarbene Kleidung trägt, muss damit rechnen, dass man ihn für einen Aktivisten der nationalreligiösen Siedlerlobby hält. Orange wurde zur Signalfarbe der Gegner des Rückzugs, die seit Monaten mit Demonstrationen und Straßenblockaden protestieren. Mehrfach versuchten sie, in den Siedlungsblock Gush Katif vorzudringen. Ihre Demonstrationen wurden von der Polizei gestoppt, die Siedleraktivisten haben jedoch Möglichkeiten gefunden, in den Gaza-Streifen vorzudringen.

Am Sonntag nahm die Polizei neun Aktivisten fest, die die illegale Einreise organisierten. Sie beschlagnahmten Personalausweise und von der Armee ausgestellte Passierscheine, die offenbar von Einwohnern Gush Katifs zur Verfügung gestellt wurden, sowie Dokumente mit dem Text: "Ich verspreche, niemandem zu sagen, wie ich nach Gush Katif gekommen bin, und ich verspreche, mindestens zwei Wochen zu bleiben."

Nach Angaben der Siedlerlobby sind 4.000 Aktivisten zur Unterstützung jener eingereist, die sich der Räumung widersetzen wollen. Die Ar-



Ariel Sharon und Shimon Peres bei der Abstimmung über den Rückzug aus dem Gaza-Streifen. (Foto: internet, Februar 2005)

mee schätzt die Zahl auf höchstens 2.000. In jedem Fall werden die Protestierenden zahlenmäßig weit unterlegen sein. 45.000 Soldaten und Polizisten sollen eine möglichst friedliche Räumung gewährleisten.

Es gilt als unwahrscheinlich, dass sich die Räumungsunwilligen mit Steinfwürfen oder gar Waffengewalt widersetzen. Die Aktivisten dürften eher versuchen, den politischen Druck auf Sharon zu erhöhen, indem sie eine Situation provozieren, in der Soldaten weinende Kleinkinder ihren Müttern entreißen. Ausschließen kann die Militärführung aber keine Eventualität, und für Extremfälle stehen im Antiterrorkampf geschulte Spezialeinheiten zur Verfügung.

Größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der extremistische Flügel der Nationalreligiösen durch Anschläge auf

arabische Israelis oder Palästinenser Unruhen provoziert, um die Regierung zum Abbruch des Einsatzes in Gaza zu zwingen. Am Donnerstag der vergangenen Woche erschoss der 19jährige Eden Natan-Zada in einem Bus in Shfaram vier arabische Israelis, als er sein Magazin wechseln wollte, wurde er von einem wütenden Mob getötet. Natan-Zada war aus der Armee desertiert, trug bei der Tat jedoch seine Uniform. Der Attentäter war ein "wiedergeborener" Jude, der seine Religiosität erst kurz vor der Tat neu entdeckte. Über das Internet fand er Kontakt zu extremistischen Nationalreligiösen, er hatte Kontakt zu den militanten Organisationen Kach und Revava.

Terror gegen Palästinenser

Die Regierung hat den Terroranschlag scharf verurteilt. Es fällt der Familie des Attentäters sogar schwer, einen Begräbnisort für Natan-Zada zu finden. Die Armee verweigert eine militärische Beisetzung, und keine Gemeinde möchte zum Wallfahrtsort für Extremisten werden. Gegen potenzielle jüdische Terroristen gehen die Behörden in einzelnen Fällen nun auch mit dem bisher fast ausschließlich gegen Palästinenser angewendeten Mittel der Administrivhaft vor; am Sonntag verfügte Verteidigungsminister Shaul Mofaz die Inhaftierung von drei Aktivisten der Kach-Bewegung.

Die eindeutige Reaktion der Regierung hat wohl dazu beigetragen, dass ein Aufstand der arabischen Israelis ausblieb. Die Verbitterung ist jedoch weit verbreitet. Ein Sprecher des Repräsentativ-

komitees der arabischen Israelis forderte "eine gründliche Untersuchung, Maßnahmen zur Neutralisierung des extremistischen Milieus und eine Untersuchung über das Phänomen des antiarabischen Rassismus".

Der Anschlag könnte den Druck auf Sharon sogar mindern. Kurz zuvor hatte Bentzi Lieberman, der Vorsitzende der Siedlerorganisation Yesha Council, gewarnt, ein Attentat könne es Sharon ermöglichen, den Abzug aus Gaza "ohne wirklichen Einspruch und mit weit größerer öffentlicher Unterstützung" durchzuführen. Die Mehrheit der Siedlerlobby hofft noch immer, Sharon mit politischen Mitteln stoppen zu können.

Ihr Ansatzpunkt ist die Spaltung der israelischen Rechten, die Sharons Rückzugsplan verursacht hat. Die Mehrheit seiner Likud-Partei stellte sich bei einer Abstimmung gegen ihn, und am Sonntag trat Finanzminister Benjamin Netanyahu, der Sprecher der Gegner Sharons im Likud, zurück. "Ich bin nicht bereit, Partner bei einem Schritt zu sein, der die Realität ignoriert und blind dabei voranschreitet, Gaza zu einer Basis für einen islamischen Terrorismus zu machen, der den Staat bedrohen wird", schrieb er in seiner Rücktrittserklärung.

Auch unter israelischen Rechten, die seine Ansichten teilen, ist Netanyahu jedoch nicht allzu beliebt. Er gilt als eloquenter Vertreter israelischer Interessen im Ausland, aber auch als Protagonist eines "amerikanischen", auf Showeffekte abzielenden Politikstils und als Opportunist. "Wenn er einen Wandel bewirken wollte, hätte er vor langer Zeit zurücktreten müssen", kritisierte Israel Harel,

einer der Gründer der Siedlerbewegung.

Den Abzug aus Gaza dürfte Netanyahus Rücktritt nicht mehr aufhalten, er könnte jedoch eine Umgruppierung in der israelischen Rechten einleiten. Netanyahu wolle nicht eine Politik stoppen, die er für gefährlich halte, vielmehr versuche er, "sie zu erschweren und der Verantwortung für ihre Durchführung zu entkommen", urteilt die linksliberale Tageszeitung Ha'aretz. Mit seinem Rücktritt empfehle er sich für die Führung der extremen Rechten, des "nationalistischen und nationalistisch-religiösen Lagers".

Dort aber herrscht kein Mangel an wortgewaltigen Politikern wie Avigdor Lieberman und Effi Eitam, die über die plötzliche Konkurrenz nicht erfreut sein dürften. Möglicherweise wird es zu einer schärferen Trennung zwischen den konservativen Sicherheitspolitikern um Sharon und den nationalreligiösen Ideologen kommen, die die Likud-Partei endgültig spaltet.

Die Nationalreligiösen, für die der Anspruch auf die Westbank und Gaza ein religiöses Dogma ist, sind eine Minderheit in der israelischen Gesellschaft. Allein der palästinensische Terrorismus verschaffte ihrer Ansicht, dass eine militärische Kontrolle der Westbank und Gazas notwendig sei, breite Unterstützung. Nicht zu Unrecht fürchten sie nun, dass auch die Siedlungen in der Westbank zur Disposition stehen, wenn die Sicherheit Israels ohne die Präsenz der Armee und die paramilitärische Präsenz der Siedler in Gaza gewährleistet werden kann.

Jörn Schulz

Jörn Schulz ist Redakteur der Zeitung Jungle World.



RückzugsgegnerInnen - ganz in Orange - machen sich in Richtung Gazastreifen auf. (Foto: internet)

Avis

MINISTERE DE LA FAMILLE ET DE L'INTEGRATION COMMISSARIAT DU GOUVERNEMENT AUX ÉTRANGERS

Le Commissariat du Gouvernement aux étrangers organisera un examen d'admission au stage dans la carrière

de l'assistant social, respectivement de l'assistant d'hygiène sociale (m/f) en date du 22 septembre 2005

Les candidat(e)s doivent remplir, outre les conditions générales prévues par le statut général des fonctionnaires de l'Etat, les conditions de formation suivantes:

- a) être détenteurs/détentrices du diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires ou d'un diplôme reconnu équivalent par la législation et la réglementation luxembourgeoises;
- b) avoir absolvé quatre années d'études professionnelles au moins et être détenteurs du diplôme luxembourgeois d'assistant social ou

disposer de certificats sanctionnant des études reconnues équivalentes.

Le programme de l'examen sera communiqué aux candidat(e)s après réception de leur demande.

Les candidatures avec copie des diplômes et des certificats sont à adresser au Ministère de la Famille et de l'Intégration, 12-14, ave Emile Reuter, L-2919 Luxembourg, pour le 12 août 2005 au plus tard.

Pour tout renseignement supplémentaire veuillez contacter le numéro 478 6556.

AVIS

Il est porté à la connaissance du public que par arrêté ministériel du 11 mai 2005

Monsieur le Dr Yves BACCICHETTI

a été **suspendu** de l'exercice de ses fonctions de médecin - spécialiste en stomatologie jusqu'au 14 novembre 2005 inclus.

Le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale